

## **Joachim Hennig: Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933-1945.**

Vortrag gehalten am 4. Februar 2012 zum Hintergrund der in Koblenz verlegten Stolpersteine im Medienladen Koblenz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße Sie sehr herzlich zum heutigen Vortrag „Verfolgung und Widerstand in Koblenz 1933 - 1945“ und freue mich über Ihr Kommen. Mein Name ist Joachim Hennig. Ich bin stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in Koblenz. Als solcher möchte ich Sie auch im Namen des Vereins sehr herzlich begrüßen. Dieser Vortrag soll Ihnen Hintergrundinformationen zu den in Koblenz verlegten und zu verlegenden „Stolpersteinen“ geben. Denn Sie und Ihre Gruppe sind daran interessiert, diese „Stolpersteine“ zu betreuen.

Deshalb die Frage: Für wen werden diese „Stolpersteine“ verlegt?

Das Thema betrifft die jüngere Geschichte hier in Deutschland. Eine Zeit, zu der die allermeisten von Ihnen noch nicht geboren waren – ich übrigens auch nicht. Ich möchte Ihnen etwas über die Zeit von 1933 – 1945 hier in Deutschland erzählen. Der Zeitraum betrifft mal gerade 12 Jahre. Zu Ende war diese Zeit 1945, also heute vor 67 Jahren.

Sie werden sich sicherlich fragen, warum ich Ihnen – wenn ich Ihnen schon etwas von deutscher Geschichte erzähle – gerade von diesen 12 Jahren berichte. Deutsche Geschichte gibt es seit fast 1.100 Jahren. Warum von diesen 1.100 Jahren gerade die 12 Jahre von 1933 – 1945. Die Erklärung ist die: Es gibt keine Zeit der deutschen Geschichte, die für uns heute so wichtig ist wie diese 12 Jahre. Diese 12 Jahre sind – wie man so sagt – „Vergangenheit, die nicht vergeht“. Diese 12 Jahre sind immer gegenwärtig – etwa, wenn es um Neonazis geht – denn damals in den 12 Jahren gab es – wenn Sie so wollen – das „Original“ dieser Neonazis – die Nazis, die Nationalsozialisten. „Neo“ heißt ja „neu“. Die Nazis von 1933 – 1945 sind diejenigen, denen die Neonazis folgen wollen.

Damit das nicht passiert, gibt es im heutigen Deutschland zahlreiche Bemühungen. Eine dieser Anstrengungen ist die Gedenkarbeit, die ich Ihnen hier näher bringen will. Die Gedenkarbeit will verhindern, dass es heute und später hier in Deutschland wieder Nazis – Neonazis – gibt. Diese Arbeit sagt: „Nie wieder!“ – „Nie wieder Nationalsozialismus!“ – „Nie wieder Nazis oder Neonazis!“

Was ist jetzt diese Gedenkarbeit? Es ist die Erinnerung an die Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus von 1933 bis 1945, vor allem die Erinnerung an die Opfer. Wir wollen an unbekannte, namenlose Menschen erinnern, ihnen ihren Namen, ihre Geschichte, ihre Würde und Kultur wieder zurückgeben, die ihnen von den Nazis so menschenverachtend geraubt wurde. Außerdem wollen wir solche Menschen zeigen, die dem Terror der Nazis Widerstand entgegengesetzt haben, die „nein“ gesagt und gegen die Nazis gehandelt haben. Sie können und sollen für uns heute Vorbilder sein, damit wir hier und heute in unse-

rer Gesellschaft – Zivilcourage üben, d.h. handeln, wenn ein anderer Mensch bedrängt wird, Schaden erleiden kann von anderen Menschen, dass wir dem schwachen Menschen in seiner Not helfen und ihn nicht allein lassen.

Diese Gedenkarbeit ist heute in Deutschland so wichtig, dass es seit vielen Jahren einen offiziellen Gedenktag gibt. Es ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar jeden Jahres. Es ist kein Nationalfeiertag, auch kein religiöser Feiertag, sondern ein nationaler Gedenktag. An diesem Tag denkt man an die Opfer des Nationalsozialismus. Es ist kein Feiertag, aber ein Gedenktag, an den öffentlichen Gebäuden gibt es Fahnen – das ist bei uns ja nicht so häufig -, und diese Fahnen sind auf halbmast. Sie drücken also Trauer aus. Trauer über die Opfer des Nationalsozialismus. In vielen Parlamenten, im Deutschen Bundestag und auch im Landtag von Rheinland-Pfalz finden Sondersitzungen zum Gedenken an die NS-Opfer statt. In vielen Städten Deutschlands, auch hier in Koblenz, wird an Mahnmalen und an anderen Stellen an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert.

Sie haben sich vielleicht schon gefragt, warum denn gerade der 27. Januar der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus ist. Die Erklärung scheint einfach zu sein: Es ist der Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz durch die Armee der damaligen Sowjetunion. Das war am 27. Januar 1945.

Was war und ist Auschwitz? Auschwitz ist der größte Friedhof in der Geschichte der Menschheit. Die Nationalsozialisten deportierten in diese Gegend des heutigen Ostpolen, die die Nazis damals im Zweiten Weltkrieg besetzt hatten, mehrere Millionen Menschen. Sie kamen dort in ein Konzentrationslager, abgekürzt KZ. Das Lager war gleichzeitig ein Vernichtungslager. Dort wurden diese Menschen gequält, sie mussten sehr hart arbeiten, hatten unendlich großen Hunger, sind an Hunger und Krankheiten gestorben. Allein in dem Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wurden ungefähr 1,2 bis 1,6 Millionen Menschen mit Giftgas ermordet. Und das einfach deshalb, weil diese Menschen – vor allem Juden aus Deutschland, aber auch aus fast ganz Europa – anders waren als die Nazis. Die Nazis wollten Menschen alle nach einem Schema - blond und mit blauen Augen. Sie meinten, diese und nur diese Menschen seien gut und wertvoll. Die anderen seien minderwertig. Sie wollten Menschen züchten wie Hunde – nach Rassengesichtspunkten. Und außerdem durfte keiner eine andere Meinung haben als sie selber.

Als die Rote Armee am Nachmittag des 27. Januar 1945 das KZ Auschwitz betrat, waren die Lageranlagen von den Wachmannschaften der SS verlassen. Man fand die Leichen von 600 Gefangenen, die nur Stunden vor der Befreiung des Lagers getötet worden waren. 7.650 kranke und erschöpfte Gefangene wurden fürs erste gerettet. In den Lagerhäusern fanden die Befreier 350.000 Männeranzüge, 837.000 Frauenkleider und große Mengen an Kinder- und Babykleidung. Zusätzlich fanden sie Zehntausende Paar Schuhe und 7,7 Tonnen menschliches Haar in Papiertüten, fertig für den Transport verpackt.

Über diese historischen Ereignisse hinaus, die sich am 27. Januar 2012 zum 67. Mal jäherten, ist „Auschwitz“ aber noch etwas anderes: Auschwitz ist im nationalen und auch internationalen Sprachgebrauch inzwischen das Synonym für Unmenschlichkeit, Völkermord, Rassenwahn und Intoleranz.

Die Wurzeln dieser Unmenschlichkeit, dieses Völkermords, dieses Rassenwahns und dieser Intoleranz liegen weiter zurück. Das kann ich Ihnen hier nicht erzählen, das würde lange dauern. Ich kann Ihnen auch nicht schildern, wie es möglich war, dass Politiker an die

macht kamen, die solche Gefühle schürten und sie in die Tat, bis hin zum Völkermord, umsetzten – und warum Menschen, viele, viele Menschen in Deutschland mithalfen, dass so etwas passieren konnte.

Jedenfalls ist es passiert. Und es ist überall in Deutschland passiert. Auch hier in Koblenz. Und beginnen will ich mit dem Anfang dieser 12 Jahre des Nationalsozialismus. Das war der 30. Januar 1933. An diesem Tag kam Adolf Hitler mit seinen Nationalsozialisten an die Macht. Hitler wurde Reichskanzler, also Chef der Reichsregierung.

Die Verfolgung in Koblenz begann schon wenige Tage nach der sog. Machtergreifung am 30. Januar 1933 mit dem Erscheinungsverbot für Zeitungen, mit der Verhinderung von Demonstrationen und der Entfernung von Demokraten aus Schlüsselstellungen in den Verwaltungen. Demokraten, die den Nazis beim Aufbau ihrer Macht im Wege waren, wurden einfach aus ihren Ämtern entfernt und durch ihre Leute, also durch Nazis, ersetzt.

Einen Monat später, Ende Februar 1933, brannte dann das Parlamentsgebäude, der Reichstag in Berlin – heute wieder Sitz unseres Parlaments, des Deutschen Bundestages. Die Hintergründe für den Brand sind bis heute nicht richtig geklärt. Sie werden auch wohl nicht mehr geklärt werden können. Jedenfalls war dieser Brand für die Nazis der willkommene Anlass, mit den politischen Gegnern aus der sog. Kampfzeit abzurechnen und insbesondere unerbittlich Kommunisten, später auch Sozialdemokraten und Gewerkschafter zu verfolgen. Zunächst nahmen die Nazis in ganz Deutschland viele Kommunisten in sog. Schutzhaft. Festgehalten wurden sie hier in Koblenz vornehmlich in dem Koblenzer Stadtgefängnis in der Karmeliterstraße. Das steht heute nicht mehr. Es stand da, wo sich jetzt der rückwärtige Teil des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB - „Koblenzer Hof“) befindet und das Gedenkreilief für Pater Josef Kentenich angebracht ist.

Die so Inhaftierten wurden in einer SA-Kaserne verhört und misshandelt. Zu diesem Gebäude wissen wir bisher nicht mehr, als dass es in der Nähe des Schlosses stand. Auch wissen wir etwas über die Quälereien, die dort stattfanden.

Es folgten die ersten Schikanen und Drangsalierungen der Juden, indem man sie als Richter, als Staatsanwalt oder als Rechtsanwalt und auch aus der Ausbildung zu diesen Berufen entfernte, ihre Geschäfte boykottierte und sie wegen vermeintlicher Straftaten kriminalisierte.

Weiter ging es mit den Gewerkschaften. Sie wurden im Mai 1933 zerschlagen und Gewerkschafter vorübergehend in „Schutzhaft“ genommen. Die SPD wurde einen Monat später verboten. Dann kamen auch SPD-Leute in „Schutzhaft“. Die ersten Koblenzer kamen in die neu errichteten Konzentrationslager im Emsland. Dort in Esterwegen wurden sie u.a. von einem Koblenzer SS-Mann und späteren Leiter eines Konzentrationslagers gequält. Einer dieser „Schutzhäftlinge“ war der Koblenzer Kommunist und Buchhändler Richard Christ. Als ihn die Wähler der letzten halbwegs freien Kommunalwahlen im März 1933 in den Stadtrat wählten, saß er schon hier in Koblenz „Schutzhaft“ ein. Zunächst wurde er hier in Koblenz gequält. Ein Jahr später starb er an den Folgen der erlittenen Misshandlungen. Für Richard Christ ist übrigens in der Neustadt 23 ein „Stolperstein“ verlegt.

Drangsalieret - wenn auch in deutlich geringerem Maße - wurden auch die Mitglieder der (katholischen) Zentrumspartei. Ihre Abgeordneten verloren ihre Mandate und waren Diffamierungen ausgesetzt. Mit Sparkassen- und Devisenverfahren wollte man sie kriminalisie-

ren. Diese Strafprozesse endeten aber mit Freispruch.

Härter ging die Justiz mit den Kommunisten (KPD) um. Anlass für Strafverfahren gegen sie waren etwa illegaler Waffenbesitz, die Herstellung oder Verteilung von Flugschriften der KPD, die Zahlung von Beiträgen an die inzwischen illegale Parteikasse o. ä. Solche Aktivitäten galten als Hochverrat und führten auch bei Koblenzern zu Strafverfahren. So wurden beispielsweise in einem Massenverfahren 21 Koblenzer Kommunisten wegen Verteilung von Flugschriften und Zeitungen sowie sonstiger Betätigung für die inzwischen illegale KPD mit bis zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Justiz ließ sich schon sehr früh und auch in anderen Bereichen für das Unrechtsregime missbrauchen. Dies geschah beispielsweise bereits ab 1934 in den Erbgesundheitsgerichten, die aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ sog. Rassenhygiene betrieben. Auch das hier in Koblenz ansässige Erbgesundheitsgericht ordnete Zwangssterilisationen an. Allein 1934 waren es 530 und 1935 920 Anordnungen. Die allermeisten Unfruchtbarmachungen erfolgten zwangsweise. Viele wurden im Städtischen Krankenhaus Kemperhof durchgeführt.

Eine andere Form des Rassismus der Nazis war es, „fremde Rassen“ als genetisch „minderwertig“ zu diskriminieren, wie es etwa durch die sog. Nürnberger Gesetze und ihre Folgeerscheinungen geschah. In Verfolg dessen gab es hier in Koblenz Mitte 1935 die „Judenliste von Koblenz“, mit der unter Namensnennung im Einzelnen zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Rechtsanwälte, Ärzte u.a. aufgerufen wurde. Nach dem „Blutschutzgesetz“, einem Nürnberger Gesetz, waren außereheliche sexuelle Beziehungen zwischen Juden und „Ariern“ verboten. Schon ein Kuss war versuchte „Rassenschande“. Der 57jährige Jude Max Kaufmann aus Koblenz wurde wegen eines solchen Kusses vom Landgericht Koblenz zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt. Diese Strafe büßte er vollständig ab und wurde als Jude alsbald in den Osten deportiert.

Zentrum dieses sich immer mehr steigenden Terrors war die Leitstelle der Geheimen Staatspolizei (Gestapo-Leitstelle) in der Straße „Im Vogelsang“. Das Gebäude existiert heute nicht mehr, wohl aber die Straße „Im Vogelsang“. Es ist eine kleine Straße neben dem heutigen Landeshauptarchiv und sie führt - heute wie früher - auf den Haupteingang des Gebäudes des Landgerichts. Erst um 1935 hatte die Gestapo das Gebäude bezogen. Es war viele Jahre lang von der Reichsbank genutzt worden. Als diese dann in die Neustadt am Schloss zog, in das Gebäude, in dem sich heute die Landeszentralbank befindet, wurde dieses alte Reichsbankgebäude frei. In dies zog wie gesagt die Gestapo. Sie können sich vorstellen, was sich dort jahrelang in den im Keller gelegenen Tresorräumen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgespielt hat. Dort war das „Hausgefängnis“ der Gestapo(leit)stelle Koblenz. Dorthin wurden Mitbürger gebracht, vor allem um sie zu verhören und dabei zu quälen und zu foltern.

Im katholischen Rheinland blieb es nicht aus, dass der politische Katholizismus, die katholische Kirche und der katholische niedere Klerus ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten gerieten. Die Nazis wollten letztlich die gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen, Traditionen und den Einfluss des Katholizismus zurückdrängen. Dabei rückten die katholischen Priester immer mehr in das Blickfeld. Auf ihrem Rücken trugen die Nazis - auch hier in Koblenz - ihren „Weltanschauungskampf“ gegen die katholische Kirche aus. Das sah dann beispielsweise so aus, dass schon die Nichtbeflaggung des Kirchturms Anlass für eine vorübergehende „Schutzhaft“ und/oder eine mehrmonatige Gefängnisstrafe war.

Auch evangelische Pfarrer blieben von den Nazis nicht verschont. Einer der bekanntesten ist der Dickensieder Pfarrer Paul Schneider, der wiederholt in Koblenz in „Schutzhaft“ inhaftiert war. Teils hielt man ihn in dem bereits erwähnten Karmelitergefängnis fest, teils aber auch im Polizeigefängnis (heute Neubau der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz am Friedrich-Ebert-Ring). Aus diesem Polizeigefängnis heraus wurde Pfarrer Paul Schneider ins KZ Buchenwald deportiert. Wegen seines unbeugsamen Widerstehens aus christlicher Überzeugung erhielt er später den Ehrennamen „Prediger von Buchenwald“. Er ist wohl das erste Koblenzer Opfer des nationalsozialistischen Regimes, das in einem Konzentrationslager umgebracht wurde.

Ähnlich aufrecht waren die Zeugen Jehovas bzw. die Ernsten Bibelforscher wie sie damals hießen. Zunächst überzog man sie wegen ihres Glaubens mit Strafverfahren und sperrte sie in Gefängnisse. Später nahm man einige von ihnen auch hier in Koblenz in „Schutzhaft“ und verschleppte sie in Konzentrationslager.

Das Jahr 1938 kündigte dann einen Wendepunkt der Verfolgung im Nationalsozialismus an. Der Vorbote dieses Wendepunktes war die sog. Reichspogromnacht. Sie und ihre Folgen machten den jüdischen Mitbürgern deutlich, dass für sie die bürgerlichen Rechte und Gesetze in einem totalen und existentiellen Sinne nicht mehr galten. In Koblenz wurden von Trupps der SA, SS und Gestapo 19 Geschäfte und 41 Wohnungen demoliert. Jüdische Mitbürger wurden misshandelt, die Synagoge wurde zerstört, der Friedhof geschändet und die Leichenhalle verwüstet. Die Gestapo verhaftete etwa 100 Männer und verschleppte sie ins Konzentrationslager Dachau. Dabei gab es durch Herzattacken zwei Todesopfer. Wohl alle kamen dann wieder frei, aber die jüdische Gemeinde und ihre Mitglieder - auch hier in Koblenz - waren in ihrem Lebensnerv schwer getroffen und letztlich als rechtlos aus der Gesellschaft ausgeschlossen.

Die endgültige Wende brachte der vom Hitler am 1. September 1939 mit dem Überfall auf Polen entfesselte Zweite Weltkrieg. Auf diese Situation hatten die Nazis nicht nur längere Zeit militärisch und außenpolitisch hin gearbeitet, sondern sich auch innenpolitisch vorbereitet. Dazu hatten sie eine Kartei mit SPD-Parteifunktionären und mit Gewerkschaftern angelegt. Am 1. September 1939 verschleppten sie entsprechend dieser sog. A-Kartei-Aktion etwa 850 Personen in Konzentrationslager. Einer von ihnen war der Metternicher SPD-Funktionär Johann Dötsch. Er blieb fast sechs Jahr im KZ Sachsenhausen. Er überlebte und war nach seiner Rückkehr nach Koblenz Wiederbegründer der SPD in Koblenz. Kaum ein Jahr später starb er an den Folgen der im KZ erlittenen Misshandlungen.

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen schufen die Nazis die Grundlagen für die Verfolgung im künftigen Krieg, der dann Verfolgungen in einem ganz anderen Maße auslöste bzw. ermöglichte. Mit Kriegsbeginn holte man die in der Schublade verwahrten Gesetze und Verordnungen hervor und setzte sie in Kraft: die Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz vom 17. August 1938, die Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939, die Kriegswirtschafts-Verordnung vom 4. September 1939 und die Verordnung gegen Volksschädlinge vom 5. September 1939. Allein schon die Wortwahl „Volksschädling“ macht deutlich, was damit bezweckt war: die „Schädlingsbekämpfung“, die Vernichtung von Menschen.

Diese Rechtsvorschriften lieferten die scheinlegale Grundlage für die Bestrafung u.a. von Eides- und Kriegsdienstverweigerern, Deserteuren und Saboteuren, und das bedeutete oft - wie es damals hieß - ihre „Ausmerze“. Auch Koblenzer bzw. Personen aus dem Umland

wurden Opfer dieser Blutjustiz. Einer dieser Eides- und Kriegsdienstverweigerer war der Pallotiner-Pater Franz Reinisch, er gehörte zum Kreis um Pater Josef Kentenich. Reinisch wurde wegen seiner Gewissensentscheidung, den Treueid als wehrpflichtiger Soldat auf Hitler persönlich nicht leisten zu können, vom Reichskriegsgericht in Berlin wegen „Zersetzung der Wehrkraft“ zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Neben diesem Reichskriegsgericht in Berlin gab es aber auch eine Militärgerichtsbarkeit „vor Ort“, die solche Handlungen mit drakonischen Strafen aburteilte. Hier in Koblenz residierte ebenfalls ein Militärgericht. Es hatte seinen Sitz im Coenenschen Haus in Ehrenbreitstein. Auch dies verhängte Todesurteile, nach einer groben Stichprobe wissen wir von mindestens 11 Todesurteilen.

Zur Aburteilung solcher Wehrdienstentziehungen waren auch die zivilen Gerichte zuständig. Solche Straftaten kamen aber nun nicht vor die „normalen“ zivilen Gerichte. Vielmehr hatten die Nazis schon frühzeitig Sondergerichte geschaffen. Ein solches Sondergericht war etwa der Volksgerichtshof in Berlin. Daneben gab es aber solche auch „vor Ort“. Sie hießen auch so - nämlich Sondergerichte - und waren bei den Landgerichten angesiedelt. Zunächst existierte beim Landgericht in Koblenz noch kein derartiges Sondergericht, es wurde dann aber im Jahre 1940 eingerichtet - wegen des starken Geschäftsanfalls wie es hieß. Von da ab spielte in diesem Bereich auch das Sondergericht Koblenz eine schlimme Rolle. Vom Sondergericht in Koblenz sind allein 15 Todesurteile bekannt.

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges markierte in vielem eine schwerwiegende Verschärfung der innen- und außenpolitischen Verhältnisse und eine weitere Radikalisierung der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und ihre Helfer. Damit änderten sich die Repressalien der Nazis reichsweit und in dem von ihnen angegriffenen und besetzten Europa, aber auch konkret hier in Koblenz. Es änderte sich nicht die Richtung der Verfolgung, wohl aber deren Schwere und die Zahl der Opfer. Waren bisher - bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges - die Toten die Ausnahme, so war es für die Zeit danach eher umgekehrt: Die Ausnahme waren die Überlebenden.

Auf den 1. September 1939 datierte auch der sog. Ermächtigungserlass Hitlers, der die pseudo-rechtliche Grundlage für den als „Euthanasie“ genannten Massenmord an mehreren hunderttausend Menschen bildete. Auch Koblenzer Mitbürger sind als „lebensunwertes Leben“ (Stichwort der Nazis: „unnütze Esser“) vernichtet worden. Die meisten von ihnen sind in der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg mit Kohlenmonoxyd ermordet und anschließend verbrannt worden. Das war für sie die letzte Station auf ihrem Leidensweg.

Mit dem Krieg verstärkte sich auch die Verfolgung der Sinti und Roma. Hatte man diese als Zigeuner bezeichneten Menschen zunächst schikaniert, dann registriert und die in der Umgebung von Koblenz lebenden Sinti hier konzentriert, so wurden sie alsbald deportiert. Im Zusammenhang mit dem sog. Westfeldzug wurden im Mai 1940 zehn in Koblenz lebende Sinti-Familien (insgesamt 77 oder 78 Personen) aus ihren Wohnungen herausgeholt und gesammelt. Sie kamen in Ghettos in das besetzte Polen, aus denen inzwischen polnische Juden vertrieben worden waren. Um dort überhaupt überleben zu können, mussten sie - selbst 10-jährige Kinder - in Steinbrüchen u.ä. sehr hart arbeiten.

Im Zuge des „Westfeldzuges“ wurden die Nazis auch vieler politischer Gegner habhaft, die seit 1933 in das Ausland emigriert waren. Gerade aus Koblenz und Umgebung flohen eini-

ge, vor allem Juden, nach Holland. Andere, „Politische“ - es waren ganz überwiegend Kommunisten - suchten zunächst in dem Saargebiet, das einen Sonderstatus hatte, Zuflucht und flohen später weiter nach Frankreich. Teilweise nahmen sie sogar auf Seiten der Internationalen Brigaden am Spanischen Bürgerkrieg teil. Nach der Besetzung eines Teils von Frankreich wurden sie von den kollaborierenden Franzosen den Nazis ausgeliefert. Man verschleppte sie nach Deutschland und einige von ihnen saßen mehr oder minder lange in Gestapohaft in Koblenz. Ihnen machte man dann vor dem Volksgerichtshof in Berlin den Prozess. Manche von ihnen wie etwa der aus (Höhr-) Grenzhausen stammende Kommunist und Spanienkämpfer Hermann Geisen wurde vom Volksgerichtshof wegen „Zersetzung der Wehrkraft, Hoch- und Landesverrats“ zum Tode verurteilt und im Gefängnis Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Nach wie vor wurden die katholischen Priester und Patres verfolgt. Eine größere Anzahl von ihnen - zwar nicht aus Koblenz selbst, wohl aber aus dessen näherer Umgebung - wurde allein wegen der Verteidigung ihres religiös-seelsorgerischen Bereichs, ihrer kulturellen Autonomie und ihrer ethischen Maximen schikaniert und festgenommen und dann in Koblenz in Gestapohaft gehalten. Besonders unerbittlich gingen die Nazis und ihre Helfer gegen die in Schönstatt bei Vallendar beheimatete Schönstatt-Bewegung vor.

Unterdessen verfolgte der Nationalsozialismus schon längst nicht mehr nur seine traditionellen Gegner. Als totale Weltanschauung und als totaler Staat ließ man in letzter Konsequenz keine autonomen Instanzen oder Organisationen neben sich zu. Deshalb duldete man im Bereich der Jugend auch keine autonomen Erziehungsträger und keine autonomen Gruppen und selbst kein nonkonformes Verhalten einzelner. Diesen Totalitätsanspruch setzten die Nazis auch im Bereich der Jugend immer mehr durch, indem man bald außer der Hitler-Jugend keine Jugendverbände mehr duldete. Die letzte traditionelle Jugendgruppe, die darunter zu leiden hatte, war die bündische Jugend. Eine solche gab es auch hier in Koblenz. Es war der „Graue Orden“, eine bündische Jungenschaft im Bereich der katholischen Kirche. Auch dessen Mitglieder waren „Schutzhaft“ und Verfolgung ausgesetzt. Sie hatten hier in Koblenz übrigens Kontakte zu dem seinerzeit in Bonn studierenden Willi Graf, der später als Mitglied der „Weißen Rose“ hingerichtet wurde. Das ist übrigens der Grund dafür, dass die Grundschule in Koblenz-Neuendorf den Namen „Willi-Graf-Schule“ trägt.

Die Verfolgung der Juden endete im Völkermord. Seit der sog. Reichspogromnacht hatte sich ihre Lage weiter zugespitzt. In den folgenden Wochen und Monaten ging ein Hagel diskriminierender Verordnungen auf sie nieder. Ein Symbol war der gelbe Stern. Er signalisierte den bevorstehenden Beginn der Deportation. Die Juden waren auch in Koblenz und dessen Umgebung die mit Abstand größte Opfergruppe. Wie keine andere Gruppe wurde für sie die geradezu fabrikmäßige Vernichtung in den KZs des Ostens angeordnet und ganz konsequent durchgeführt. Nachdem im Sommer oder Herbst 1941 die Vernichtung der in deutschen Einflussgebiet lebenden Juden beschlossen und im Januar 1942 auf der sog. Wannsee-Konferenz der verwaltungsmäßige Ablauf des Völkermords koordiniert worden war, setzten ab März 1942 auch die Deportationen der in Koblenz und Umgebung noch lebenden Juden ein.

Der erste Transport, der mit Güterwaggons vom Güterbahnhof in Lützel aus erfolgte, fand am 22. März 1942 statt – vor nunmehr fast 70 Jahren. Mit dem Transport wurden 337 Juden aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz in ein Ghetto in Ostpolen. Notdürftig Platz gab es da auch nur, nachdem dort zuvor eingepferchte polnische Juden in die nahe gelegenen

Vernichtungslager Chelмно, Belzec und Sobibor verschleppt und dort ermordet worden waren. Das gleiche Schicksal war auch den Juden aus Koblenz bestimmt und im Herbst oder Winter 1942 kamen alle von ihnen im Rahmen der sog. Aktion Reinhard, benannt nach dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes Reinhard Heydrich, in den Vernichtungslagern Sobibor oder Belzec um. In der Folgezeit gab es noch fünf weitere Deportationen von Koblenz aus mit zum Teil unterschiedlichen Zielen, darunter auch Auschwitz. Damit wurden wesentliche Teile der damaligen bürgerlichen Gesellschaft ausgerottet. Kaufleute, Unternehmer, Rechtsanwälte, Ärzte, Künstler u.a. mit ihren Familien wurden Opfer dieses Rassenwahns. Alle Verfolgten verloren schon durch die bloße - wie es hieß - „Auswanderung“ ihre deutsche Staatsangehörigkeit. In den Konzentrationslagern kamen mindestens 576 jüdische Mitbürger aus dem Stadt- und Landkreis Koblenz um - nur 24 Personen überlebten. Fast zeitgleich mit ihrer Deportation in die Vernichtungslager war bestimmt worden, dass nach dem Tod eines Juden sein Vermögen dem Deutschen Reich fiel. Verantwortlich für diese Deportationen war die Geheime Staatspolizei - Staatspolizeistelle Koblenz.

Ein ähnliches Schicksal wie die Juden hatten die Sinti zu erleiden. Der massenhafte Mord an ihnen begann mit Himmlers Auschwitz-Erlass von Dezember 1942, mit dem etwa 22.000 Sinti und Roma aus ganz Europa in den als „Zigeunerlager“ bezeichneten Abschnitt des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau deportiert wurden. Die erste Deportation der Sinti aus Koblenz fand am 10. März 1943 statt. Betroffen hiervon waren etwa 150 Personen, 40 Männer, 44 Frauen und 65 Kinder. Es waren „Zigeunermischlinge“ wie sie die Nazis nannten, die am Morgen mit drei Waggons vom Koblenzer Hauptbahnhof aus nach Auschwitz verschleppt wurden. In der Folgezeit hat es mindestens noch eine weitere Deportation von Sinti aus Koblenz gegeben. Diese fand Ende April 1944 statt und hatte ebenfalls das „Zigeunerlager“ des KZ Auschwitz-Birkenau zum Ziel. Diese Deportationen wurden von der Kriminalpolizei hier in Koblenz mitorganisiert und durchgeführt. Wie bei den Juden gab es auch unter den Sinti und Roma in Auschwitz „Selektionen“. Die Arbeitsfähigen wurden in andere KZs verschleppt, die übrigen Anfang August 1944 „liquidiert“. Allein in Auschwitz wurden 26 Sinti aus Koblenz ermordet.

Mit fortschreitendem Weltkrieg kamen immer mehr ausländische Staatsangehörige ins Deutsche Reich und auch nach Koblenz. Sie waren für die nationalsozialistische Kriegswirtschaft dringend nötig, denn es standen damals sehr viele Männer als Soldaten im Krieg und zudem wurden in der Rüstungsindustrie und Landwirtschaft viele Arbeitskräfte gebraucht. Diese Ausländer waren entweder Kriegsgefangene oder - wie man sie im Unterschied hiervon verharmlosend nannte - „Zivilarbeiter“. In Koblenz gab es zeitweise 1.265 Fremdarbeiter, vor allem Russen und Polen. Beispielsweise in Moselweiß und in Lützel existierten „Ostarbeiterlager“. Die Zwangsarbeiter waren bei öffentlichen Betrieben und bei Privatfirmen beschäftigt und kehrten vielfach nach der Arbeit in die Sammelunterkunft zurück. Am schlechtesten ging es den Sowjets. Sie waren für die Nazis „Untermenschen“, mussten das Abzeichen „Ost“ für Ostarbeiter tragen, waren fast ausschließlich in Sammelagern - mit Stacheldraht herum - untergebracht. Ihre Lebenssituation war generell gekennzeichnet durch schlechte Ernährung, Bezahlung, Unterbringung und Kleidung, oft überlange Arbeitszeiten, mangelnde ärztliche Versorgung, Übervorteilung durch deutsche Vorgesetzte, Diffamierungen und Misshandlungen. Man wollte nur ihre Arbeitskraft. Schwangerschaften waren unerwünscht. Allein im Städtischen Krankenhaus Kemperhof wurde bei mehreren hundert Polinnen und Ostarbeiterinnen die Leibesfrucht abgetrieben. Kam es gleichwohl zur Geburt eines Kindes, so hatte es angesichts der gesamten Umstände kaum eine Lebenschance und wurde der Mutter auch weggenommen, damit diese so-



fort wieder Zwangsarbeit leisten konnte. Bei Arbeitsverweigerungen und „Unbotmäßigkeit“ kamen sie vorübergehend in Gestapohaft. Auf dem Koblenzer Hauptfriedhof sind aus jenen Jahren 630 Sowjetbürger, 57 Polen und andere ausländische Staatsangehörige beerdigt.

Bisher wurde immer von Verfolgungssituationen und von widerständigem Verhalten von Personen berichtet, die Mitglieder von Gruppen waren - und die deshalb widerständig und/oder Opfer von Verfolgung wurden. Der Betreffende wurde verfolgt, weil er Kommunist, Zeuge Jehovas, katholischer Priester, Sinto, Jude, Zwangsarbeiter o.ä. war. Auf der Höhe des Terrors wurde potentiell jedes nonkonforme Verhalten, ja jede abweichende, „defätistische“ Meinungsäußerung zum Verbrechen. Damit erreichte die Verfolgung eine ganz neue Dimension: Es kam tendenziell zur Verfolgung des Volkes.

Pastor Martin Niemöller, einer der aktivsten Köpfe der Bekennenden Kirche und langjähriger Verfolgter der Nazis, hat diese Entwicklung und die Unfähigkeit, dagegen wirksam protestieren zu wollen und später zu können, einmal in die treffenden Worte gekleidet:

*Als die Nazis die Kommunisten holten,  
habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Kommunist.  
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten,  
habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Sozialdemokrat.  
Als sie die Gewerkschafter holten,  
habe ich geschwiegen,  
ich war ja kein Gewerkschafter.  
Als sie mich holten,  
gab es keinen mehr,  
der protestieren konnte.*

Als Lichtblick in jener ganz dunklen Zeit, als moralische Instanz und als Funken Hoffnung auf ein besseres Deutschland gab es den Attentatsversuch am 20. Juli 1944. Ein unmittelbarer Bezug zwischen jenem Widerstand und Koblenz lässt sich nicht herstellen. Aber immerhin sei so viel gesagt: Die in Boppard geborene Maria Terwiel, eine Juristin, war Mitglied der Widerstandsgruppe der sog. Roten Kapelle und wurde ebenso hingerichtet wie der in Bad Ems geborene und zum Kreisauer Kreis gehörende Sozialist und Reformpädagoge Adolf Reichwein. In Koblenz selbst geboren war der katholische Priester und Armeepfarrer a.D. Friedrich Erxleben. Als profiliertes Mitglied des sog. Solf-Kreises entging er einer Verurteilung durch den Volksgerichtshof und dem mutmaßlichen Tod nur knapp. Nach dem Krieg kehrte er in eine Pfarrei an der Untermosel zurück.

Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler setzte eine ungeheuer große und massive Verfolgung der daran Beteiligten ein. Dabei machten die Nazis und ihre Helfer nicht einmal vor deren Familienangehörigen, also Frauen und Kindern, und selbst nicht vor einer Schwägerin eines Prinzen von Hohenzollern halt. Diese war mit dem Artilleriegeneral Fritz Lindemann verheiratet und lebte während des Krieges bei ihrer Schwester auf Burg Name-dy bei Andernach. Frau Lindemann war als sog. Sippenhäftling längere Zeit in Gestapohaft in dem Karmelitergefängnis in Koblenz, ehe sie dann über viele Stationen fast durch das ganze damalige Deutsche Reich gehetzt und schließlich in Tirol in den Alpen befreit wurde.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich zwar nicht am Ende und auch nicht fertig, aber ich höre hier mit dem Vortrag auf. Vieles konnte ich nur verkürzt darstellen, manches gar nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihr Interesse.